

# Milhabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbezugsstellen innerhalb Deutschlands monatlich 1,75 RM, Einzelnummer 1 Pf. — Druckerei: Re. 20 bei der Oberamtsdruckerei Reutlingen. — Druck: Dieckhoff & Co., Wildbad; Vorarbeiten: Buchdruckerei W. W. W. Wildbad. — Postfachkonto 2014 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Anzeigenpreis 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schlag der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 83, Telefon 179. — Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 193      Fernruf 479      Donnerstag den 20. August 1931      Fernruf 479      66. Jahrgang.

## Die Einigung in Basel

Stillhalten und doch kein Stillhalten

Basel, 19. August. Amtlich wird mitgeteilt: Die bis in die späten Nachstunden fortgesetzten Verhandlungen des Internationalen Sachverständigenausschusses und der sogenannten Stillhaltgemeinschaft der Bankiers wurden kurz nach 1 Uhr zu Ende geführt. In sämtlichen Punkten gelangte man nach langwierigen, oft unterbrochenen Verhandlungen zu einer Einigung. Diese gilt auch für die so heiß umstrittene Frage der ausländischen Markguthaben in Deutschland. Diese Streitfrage, der von deutscher Seite erhebliche Bedeutung beigemessen wurde, ist in der Weise gelöst worden, daß 20 Prozent dieser Guthaben sofort und der Rest allmählich abgezogen werden können. Die Reichsbank kann jedoch gewisse Maßnahmen treffen für den Fall, daß sich durch den Abzug dieser Markguthabe eine Gefährdung der Devisenlage der Reichsbank ergeben könnte.

Die ausländischen Markguthaben, die im deutschen Zahlungsverkehr umlaufen, betragen rund 700 Millionen Mark. Die ausländischen Bankiers verlangen, daß diese Markguthaben in Devisen, also in ausländischen Zahlungswerten zurückgezahlt werden, und zwar nach der Basler „Einigung“ 20 v. H., also etwa 140 Millionen Mark, sofort, der Rest „allmählich“. Wenn auch vielleicht ein Teil wegen des hohen Zinsfußes in Deutschland stehen bleiben mag, so ist doch die ungeheure Summe von Devisen jetzt kaum aufzubringen, ganz abgesehen davon, daß durch eine derartige Rückzahlung die übrigen Stillhalter geschädigt werden. Wir haben also ein Stillhalten und doch kein Stillhalten.

Die Beratungen des Biggins-Ausschusses in Basel, der über neue Kreditmöglichkeiten an Deutschland zu beraten hatte, sind nicht dahin ausgefallen, daß Deutschland auf neue Kredite oder neue Konsolidierungsanleihen vorerst rechnen kann. Soweit man hört, wird von diesem Ausschuss auszugebende Bericht, der hauptsächlich Layton zum Verfasser hat, die Frage neuer zusätzlicher Kredite an Deutschland von der Lösung der Reparationsfrage und der internationalen Schuldenfrage überhaupt abhängig machen. Auch das ist ein Ergebnis, das uns unsere nächste Zukunft noch sorgenvoller gestaltet, als sie es an sich schon ist. Daß diese Frage in den nächsten sechs Monaten, also den Stillhaltmonaten, geklärt werden muß, darüber dürfte es ja wohl keinen Zweifel geben, allerdings auch wohl darüber nicht, daß wir, falls keine neuen Anleihen bzw. Konvertierungsmöglichkeiten geschaffen werden, auch nach den sechs Monaten keinesfalls in der Lage sein werden, 5 Milliarden ausländische Kredite zurückzuzahlen, insbesondere nicht nach dem großen Uberschlag, den wir bereits im Jahr 1931 erlitten haben.

Wir haben von Anfang an vor einer Uberschätzung der „Stillhalteverhandlungen“ gewarnt. So groß die Sache mit den Konferenzen in Paris, London und Basel auch aufgeblüht wurde — von riesigen Kosten dieser internationalen Verhandlungen ganz abgesehen —, so wenig ist verhältnismäßig dabei wie gewöhnlich herausgekommen. Etwa 4 Milliarden werden vom 18. August 1931 an auf 6 Monate gestundet. Welchen Zins Deutschland dafür zu bezahlen hat — und das ist sehr wichtig — ist noch nicht bekannt. Eine feste Auslandsanleihe gibt es nicht, dagegen werden die berechtigten Markguthaben zu einem Fünftel sofort und der Rest „allmählich“ — ein sehr dehnbarer Begriff — abgezogen, und sie sind obendrein in Devisen zu bezahlen. Ueber den Winter werden wir, was die Verschuldung gegenüber dem Ausland betrifft, durch Hooverplan und hinlängliche Stillhaltung vielleicht friedlich hinüberkommen, am 18. Februar 1932 aber wird es ein böses Erwachen geben.

## Neue Nachrichten

### Erfordernisse der Notwirtschaft

Berlin, 19. August. Der „Börsencourier“ schreibt: Mit welchen Maßnahmen die Reichsregierung den Erfordernissen der wirtschaftlichen Bedrängnisse begegnen wird, steht im einzelnen noch nicht fest. Dennoch läßt sich schon jetzt ein Bild der Gesichtspunkte gewinnen, aus denen das Kabinett Brünning seine Entschlüsse wird herleiten müssen. Es gilt für die Wirtschaftsberater der Reichsregierung als unerlässlich, die zugestandenermaßen auch weiterhin notwendige Senkung der Lohn- und Preisebene elastischer zu gestalten, als es bis jetzt möglich war. Das bedeutet eine Auflockerung der allzu starren Tarifverträge und ihrer Sicherungen. Keineswegs denkt man dabei an eine Beseitigung solcher Verträge. Wohl aber müssen Änderungen viel rascher als bisher durchgeführt werden können. Ferner wird auf die örtliche und sachliche Verschiedenheit der Wirtschaftsgruppen

## Tagespiegel

Reichskanzler Brüning wird am 70. Katholikentag in Nürnberg wegen dringender Regierungsarbeiten nicht teilnehmen.

Die Länderkonferenz in Oldenburg beschloß, der Reichsregierung durch eine Abordnung den hohen Ernst der Lage der Länder zur Kenntnis zu bringen und auf sofortige Reichsmaßnahmen zur Erleichterung zu dringen.

Der Berliner Magistrat hat beschlossen, zum 1. Oktober d. J. 220 Junglehrer und Junglehrerinnen zu entlassen, die an den Volks- und Mittelschulen infolge der Erhöhung der Pflichtlundenzahlen überflüssig werden. Für die Entlassung kommen zunächst nichtfestangestellte verheiratete Lehrerinnen in Frage.

Das ungarische Kabinett Bethlen hat mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse dem Reichsverweiser den Rücktritt angeboten. Auf Antrag des Grafen Bethlen hat der Reichsverweiser den früheren Finanzminister Telezki und den Minister des Äußern Grafen Julius Karolyi empfangen. Außerdem wurden der Vorsitzende der Einheitspartei, Paul Pesthi und der Wohlfahrtsminister Dr. Ernst (Christl-Nat. Wirtschaftspartei) empfangen.

Karolyi hat die Bildung des ungarischen Kabinetts übernommen und wird das Ministerium des Äußern beibehalten.

Am Samstag haben im Auswärtigen Amt in Budapest „handelspolitische“ Besprechungen zwischen Regierungsvertretern Ungarns und Frankreichs begonnen. Frankreich will dadurch für Unterbringung landwirtschaftlicher Erzeugnisse Ungarns sorgen. — Es wird aber auch für Unterbringung französischer Industrieerzeugnisse in Ungarn sorgen und zugleich seine politischen Bedingungen stellen.

Auf Wunsch der Gewerkschaften sind die Schlussverhandlungen über die Gemeindearbeiterlöhne auf Freitag, den 21. August, vertagt worden.

entsprechende Rücksicht genommen werden müssen. Man will aus den gleichen Gründen die Möglichkeit schaffen, daß einzelne Betriebe mit ihrer Arbeiterschaft Löhne vereinbaren, die zeitweise unter dem allgemeinen Tarif liegen. Die Verbindlichkeit der Schiedsprüche gilt in der jetzigen Form als unhaltbar. Weiterhin gehören zu den Aufgaben, die der Wirtschaftspolitik gestellt sind, eine Zusammenlegung der bestehenden drei Systeme der Arbeitslosenfürsorge.

### Berlängerung der Steueramnestie

Berlin, 19. August. Wie verlautet, soll die in der Rotverordnung vom 18. Juli ausgesprochene Steueramnestie, die am 31. Juli abließ, verlängert werden, und zwar voraussichtlich bis 16. September d. J.

### Ungenügender Steuereingang

Berlin, 19. August. Die Erwartungen, die auf die Rotverordnung vom 18. Juli gegen die Steuerflucht und Steuerfäulnis gesetzt wurden, haben sich nur in bescheidenem Maß erfüllt. Nur der akute Abfall des Steuereinkommens ist bis zu einem gewissen Maß aufgehalten worden, die allgemeine Steuerflaute dauert an. Die Finanz- und Kassentage ist nach wie vor wenig befriedigend.

### Der Streit um die Gemeindearbeiter-Löhne

Berlin, 19. Aug. Die Rotverordnung vom 5. Juni macht den Gemeinden, die vom Reich und den Ländern Zuschüsse zu den Wohlfahrtslasten erhalten, zur Pflicht, ihre Personalausgaben (Gehälter, Löhne usw.) zu senken. Die Arbeiterlöhne in den meisten Großstädten sind erheblich höher als die Löhne der Reichsarbeiter. So stellen sich die Tariflöhne in den westdeutschen Industriestädten für gelernte Arbeiter auf 104, die der Reichsarbeiter auf 81—93 Pfennig in der Stunde. Die Reichsregierung verlangt nun die Herabsetzung ihrer Tariflöhne auf den Stand der Reichslöhne, was für die Gemeinden eine Ersparnis von etwa 40 Millionen Mark ergeben würde. Bei der weitgehenden wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden ist die Frage von großer Bedeutung; es handelt sich um etwa 320 000 Gemeindearbeiter. Die Gemeinden wären wohl mit den Ersparnissen einverstanden, sie leben aber in der Rotverordnung einen unerwünschten Eingriff in die Selbstverwaltung. Die Reichsregierung will die Autorität der Rotverordnung nicht preisgeben. Reichsarbeitsminister Stegerwald hat nun einen vermittelnden Vorschlag, der aber nicht geeignet ist, die Autorität der Rotverordnung zu stärken.

Ueber diesen Kompromißvorschlag wurde heute nachmittag im Reichsarbeitsministerium verhandelt. Wird er von den Gewerkschaften abgelehnt, so wird ein Streit herausgeführt, von dem man nicht vorhersehen kann, ob er zu einer Arbeitsniederlegung der Gemeindearbeiter oder zu einer Durchführung durch Rotverordnung führen wird.

### Berlin kapituliert

Berlin, 19. August. Die Stadtverwaltung Berlin hatte sich geweigert, die städtischen Gehälter und Löhne den reichsüblichen Sätzen anzupassen. Darauf hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg der Stadt die Reichs- und Landeszuschüsse für die Fürsorgeelasten Berlins gesperrt. Der Magistrat hat nun doch die entsprechende Änderung der Besoldungsordnung beschlossen.

### Bredt übernimmt die Leitung der Wirtschaftspartei

Berlin, 19. August. In der Fraktionsführung der Wirtschaftspartei wurde die politische Lage eingehend besprochen. Der stellvertretende Parteivorführende, Professor Dr. Bredt, teilte mit, daß ihm der Parteivorführende Dremig die Führung der Parteigeschäfte bis auf weiteres übergeben habe.

### Französisch-russischer Nichtangriffsvertrag

Paris, 19. August. Nach einer Agenturmeldung aus London sollen Frankreich und Sowjetrußland in Paris einen Nichtangriffsvertrag abgeschlossen haben, durch den beide sich, falls eine von ihnen durch eine dritte Macht oder eine Machtsgruppe, ohne diese herausgefordert zu haben, angegriffen würde, zu starrer Neutralität verpflichten.

### Die Sparmaßnahmen in England

London, 19. Aug. Die Beratungen der fünf Mitglieder des Kabinetts, Mac Donald, Henderson, Snowden, Graham und Thomas, über die unbedingt notwendigen Sparmaßnahmen zur Ausgleichung des Fehlbetrags von 2400 Millionen Mark im nächsten Staatshaushalt haben in den beiden letzten Tagen viele Stunden gedauert. Heute trat das ganze Kabinett zusammen. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Morgen werden die Mitglieder der Regierung mit den Führern der Gewerkschaften und dem internationalen Ausschuss der Arbeiterpartei eine Besprechung haben. Die Gewerkschaften sind mehr und mehr geneigt, die vom Sparauschuss vorgeschlagene Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung durch einen zehnprozentigen Schuß zu ersehen. Dieser Vorschlag würde die Unterstützung der Konservativen, stößt aber auf stärksten Widerstand des Schatzkanzlers Snowden. Es sind bereits Gerüchte aufgetaucht, die Regierung werde zurücktreten, falls die Gewerkschaften die Regierungsvorschläge verwerten.

### Bersärfung der Lage in Indien

London, 19. August. Die Lage in Indien wird in London mit großer Besorgnis betrachtet. Man befürchtet, daß der Beschluß der indischen Kongresspartei sich nicht an der zweiten indischen Konferenz am runden Tisch in London zu beteiligen, zu einer Wiederaufnahme des passiven Widerstands und zu einem neuen Feldzug des „zivilen Ungehorsams“ führen werde, falls die zur Zeit zwischen Gandhi und dem Vikarönig geführten Verhandlungen scheitern. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen hat Gandhi sein Kommen nach London abhängig gemacht. Gandhi hat sich beschwert, daß der zwischen ihm und dem Vikarönig seinerzeit abgeschlossene Waffenstillstand durch englische Beamte verletzt worden sei, und er verlangt, daß seine Anlagen durch ein Gericht untersucht werden. Es scheint, daß die britische Regierung ihm entgegenkommen will, um eine Wiederholung des passiven Widerstands zu vermeiden, der England sehr großen Schaden gebracht hat. In dem am 31. März abgelaufenen Rechnungsjahr ist allein in der so wichtigen Provinz Bombay die Einfuhr um etwa 31 v. H., die Ausfuhr um 24 v. H. gefallen. Der Boykott hat sich stark überwiegend gegen englische Waren gerichtet.

### Der Aufstand auf Auba

Newyork, 19. August. Nach Privatmeldungen aus Havanna sollen die Aufständischen auf Auba im Osten des Landes erhebliche Erfolge erzielt haben. Die Garnison in Holguin (Provinz Santiago) habe sich den Aufständischen angeschlossen. An verschiedenen Stellen der Küste seien Verstärkungen für die Aufständischen gelandet. So hätten ein deutscher und ein norwegischer Schoner bei Gibara in der Provinz Oriente 500 Mann Verstärkung, fast ausschließlich Meger, sowie Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial für die Aufständischen an Land gebracht.

Die Regierung hat die Militärzensur auf alle Meldungen nach dem Ausland ausgedehnt, während sie sich bisher nur auf Mitteilungen innerhalb des Landes erstreckte.

### Der Bericht Laytons

25,5 Milliarden Schulden bis 1930

In dem Bericht Laytons über die Sachverständigenverhandlungen in Basel wird u. a. angeführt: Die Gesamtschuld Deutschlands sei nach der Inflation in den Jahren 1924 bis 1930 einschließlich auf 25,5 Milliarden RM. gestiegen. Der Nettokapitalstrom in Höhe von 18,2 Milliarden, sowie





